

Solidarität mit der Bewegung für Demokratie, Frieden und soziale Gerechtigkeit in Mali – Bundeswehr abziehen

Zur aktuellen Situation in Mali

- Seit Jahren formiert sich in Mali Widerstand. Die Absetzung des malischen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita (IBK) ist ein Erfolg der Massenbewegung, die sich im Juni 2020 formiert hat. Mit Streiks und Proteste haben die Menschen ihre Forderungen nach Sicherheit, Demokratie und dem Rücktritt der Regierung unterstrichen. Diese Forderung wurde durch ranghohe Generäle des malischen Militärs mit dem Militärputsch vom 18. August 2020 umgesetzt.
- Die militärischen und geo-politischen Interventionen der deutschen Bundesregierung, Frankreichs und der Europäischen Union (EU) waren ein maßgeblicher Verstärker für die gesellschaftlichen Zustände und die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Die deutschen und französischen Regierungen haben die Regierung Ibrahim Boubacar Keitas mit an die Macht gebracht und seitdem gestützt. Die Unzufriedenheit mit den internationalen Militärmissionen in der Bevölkerung ist hoch. Die Militäreinsätze haben den Nährboden für neue Konflikte und deren Eskalation geschaffen. Eine Gewaltspirale aus Angriffen und Vergeltungsangriffen fordert immer mehr Todesopfer und treibt Menschen in die Flucht. Die Militäreinsätze müssen beendet werden.
- Der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS und den europäischen Regierungen geht es nicht um den Schutz der malischen Bevölkerung, sondern darum, den Status Quo zu wahren und ihre eigenen wirtschaftlichen und geo-politischen Interessen in Mali zu verwirklichen. Was sie unter Stabilität verstehen, ist die Aufrechterhaltung ihrer Kontrolle über Mali. Die als Druckmittel verhängten Sanktionen haben katastrophale Auswirkungen auf die malische Bevölkerung und Wirtschaft.
- Bereits jetzt treten Widersprüche zwischen der Militärregierung und der Oppositionsbewegung zutage. Die Junta will dem Militär eine zentrale Rolle im Übergangsprozess zusichern und stellt die internationale Militärpräsenz im Land nicht in Frage. Damit kann sie keine Lösung für die malischen Probleme anbieten und wird immer wieder in Widerspruch zu den Kräften der Oppositionsbewegung kommen.
- Die LINKE ist solidarisch mit den Kräften, die sich für einen zivile Übergang, soziale Gerechtigkeit und einen echten Friedensprozess in Mali einsetzen und unterstützt sie in ihren Auseinandersetzungen gegen die Kräfte des alten Regimes, die Interventionen der internationalen Staatengemeinschaft und das malische Militär.
- Die LINKE fordert:
 - Die Bundeswehr muss unverzüglich die Beteiligung an den Militärmissionen EUTM Mali und MINUSMA beenden und sich auf europäischer Ebene, sowie auf Ebene der Vereinten Nationen für die Beendigung der Missionen einsetzen;

- Die Bundesregierung muss unverzüglich die Ertüchtigungsinitiative mit den Ländern der Sahel-Region, das Ausstattungshilfe-Programm für malische Streitkräfte sowie die militärische Ausbildungshilfe einstellen;
- Der Ablauf und die zeitliche Abfolge des Übergangsprozesses darf nicht durch die Akteure der sog. internationalen Gemeinschaft bestimmt werden, sondern nur durch die Malierinnen und Malier selbst;
- Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich gegen die durch ECOWAS erhobenen Sanktionen auszusprechen sowie keine eigenen Sanktionen zu verhängen.

Hintergrund zur Situation in Mali

1. Eine Massenbewegung formiert sich

Bereits seit Jahren gibt es Widerstand, Streiks und Straßenproteste in Mali. Die im Zuge der Corona-Pandemie verhängten Einschränkungen verschärften die sozio-ökonomische Situation für weite Teile der Bevölkerung. Das Land ist stärker geprägt denn je von einer sich zunehmend verschlechternden Sicherheitslage, einer sich vertiefenden Schuldenkrise und schwachen Wirtschaftslage. Die hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere für junge Menschen, Hunger und Armut tragen zum Unmut der Bevölkerung bei. Im Juni setzten sich bspw. Lehrerinnen und Lehrer mit Streiks gegen unzureichende Schutzmaßnahmen gegen Covid-19 zur Wehr.

Als die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom Mai dieses Jahres bekannt gegeben wurden, wurde das mit Protesten beantwortet. Bei einer Wahlbeteiligung von nur knapp 30 Prozent kam es nach Ansicht verschiedener Beobachter zur Wahlfälschungen. Diese gingen zugunsten der von IBK gegründeten Partei „Bewegung für Mali“.

Dagegen gingen am 5. Juni 20.000 Menschen in Bamako auf die Straße. Im Nachgang dieser Demonstration gründete sich die Oppositionsbewegung *Mouvement du 5 Juin – Rassemblement des forces patriotiques* (M5-RFP). M5-RFP ist ein Bündnis von historischer Breite. Neben der *Koordinierungsstelle der Bewegungen, Vereine und Sympathisant/innen von Mahmoud Dicko* (CMAS) umfasst es Vertreter und Vertreterinnen der globalisierungskritischen Bewegung wie bspw. den Regisseur Cheikh Oumar Sissoko, den Anti-Korruptions-Aktivistin Professor Clément Dembélé sowie den Vorsitzenden der Partei *Solidarité africaine pour la démocratie et l'indépendance* (SADI), Oumar Mariko, einer Schwesterpartei der LINKEN.

Insbesondere in den deutschen Medien und von der Bundesregierung wird das Bild einer religiös dominierten Bewegung gezeichnet. Genossinnen und Genossen der Schwesterpartei SADI dementieren jedoch den religiösen Charakter. Die Formierung von M5-RFP ist nur zu verstehen im Kontext der seit Jahren stattfindenden gewerkschaftlichen Kämpfe in den verschiedensten wirtschaftlichen Sektoren – beispielsweise in Schulen und in Goldminen - sowie den immer wieder stattfindenden Straßenprotesten.

Zum 1. Juli stellte M5-RFP der Regierung ein Ultimatum und forderte die Auflösung der Nationalversammlung, die Neubesetzung des Verfassungsgerichts sowie die Bildung einer Übergangsregierung unter Führung eines von M5-RFP ernannten Ministerpräsidenten. Nachdem die Regierung nicht auf die Forderungen einging, rief M5-RFP zu Aktionen zivilen Ungehorsams auf. Das öffentliche Leben sollte lahmgelegt, Straßen, Kreuzungen und Brücken besetzt werden. Am 10. Juli kam es zu Ausschreitungen auf den Demonstrationen. Die von Frankreich aufgebaute und durch EUTM Mali trainierte Antiterrorereinheit *Force spéciale antiterroriste* (FORSAT), die zur Abwehr von Dschihadisten im Norden ausgebildet wurde, setzte IBK nun zu seinem eigenen Schutz ein. Sie eröffneten das Feuer auf Zivilisten, mindestens 11 Menschen verloren dabei ihr Leben. Zu einer der Hauptforderungen der M5-RFP wurde die Absetzung des Präsidenten IBK und seiner Regierung.

Vertreter der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS kamen zu mehreren Sondersitzungen zusammen und nahmen Gespräche mit Vertretern der M5-RFP auf. Die Zielsetzung der ECOWAS-Vertreter war es, IBK im Amt halten. Für die ECOWAS-Staatenchefs ist klar: Die malische Oppositionsbewegung darf keinen Präzedenzfall in Westafrika schaffen. Alassane Ouattara, Präsident der Elfenbeinküste, und Alpha Conde,

Präsident von Guinea, stehen mitten in den Vorbereitungen von Wahlen im eigenen Land und fürchten um den eigenen Machterhalt. Beide streben eine umstrittene dritte Amtszeit an und sehen sich selbst mit heftigen Protesten konfrontiert. Für den Menschenrechtsaktivisten Alioune Tine verdeutlicht diese Krise vor allem "die Ohnmacht der regionalen und internationalen Krisenlösungsmechanismen": "Die Ursachen der Krise in Mali sind anderswo in Westafrika zu finden. Wir befinden uns auf einem Vulkan. Wer ist nach Mali der Nächste?¹»

2. Regierungsübernahme durch das Militär

In den frühen Morgenstunden des 18. August fielen Schüsse in der Garnison Kati unweit der Hauptstadt Bamako. Der Präsident IBK, der Ministerpräsident Boubou Cissé und weitere Mitglieder der Regierung wurden von einer Gruppe hochrangiger Militärs festgenommen. Am 19. August trat IBK zurück und verkündete zugleich den Rücktritt der Regierung und die Auflösung des Parlaments.

Die Beziehung zwischen der Militärregierung - die unter dem Namen *Comité National pour le Salut du Peuple* (CNSP) auftritt - und der Bewegung war von Anfang an widersprüchlich. Zwar wurde mit dem Putsch die Kernforderung der Bewegung nach dem Rücktritt der Regierung durch das Militär umgesetzt. Die Militärjunta verkündete außerdem, zivilgesellschaftliche Kräfte einzubinden mit dem Ziel, „einen zivilen politischen Übergangsprozess zu schaffen, der in allgemeinen Wahlen zur Ausübung der Demokratie mündet.“ Linken und Gewerkschaftern bietet sich jetzt ein Zeitfenster, ihre sozialen und politischen Forderungen umzusetzen.

Dass die Militärjunta andere Ziele als die zivile Opposition verfolgt, tritt jetzt schon klar zutage. Nach mehrtägigen nationalen Konsultationen, an denen Gewerkschaften, Akteure des Friedensprozesses und M5-RFP teilnahmen, verabschiedete die Militärjunta einen Übergangs-Fahrplan². In diesem wird die Möglichkeit, einen Präsidenten aus den Reihen des Militärs einzusetzen, offengehalten. Außerdem werden der CNSP große Befugnisse zugestanden. M5-RFP übte scharfe Kritik: Der Plan untermauere den Wunsch der Junta, „die Macht zu monopolisieren und zu beschlagnahmen.“³

Außenpolitisch setzt die Junta auf Kontinuität: Mit der UN-Mission MINUSMA, EUTM Mali und Operation Barkhane wolle man weiterarbeiten.⁴ Charlotte Wiedemann beschreibt die CNSP als „Realo-Putschisten“, die „innenpolitisch aufräumen und an größeren Kräfteverhältnissen nicht rühren“ wollen⁵. Das Bekenntnis zum außenpolitischen „Weiter So“ und einem militärisch geprägten Übergang zeigt, dass die CNSP keine Lösung für die malischen Krisen bieten kann. Sie nimmt zwar teilweise die sozialen Hoffnungen der Bewegung auf, strebt aber keinen Bruch mit der bisherigen Ordnung an. Damit wird sie immer wieder in Widerspruch zu der Oppositionsbewegung kommen. Diese hat eindrucksvoll bewiesen, dass sie in der Lage ist, Massenproteste und Streiks zu

¹ Le Monde (2020): «Après le Mali, à qui le tour?» : l'Afrique de l'Ouest sur le qui-vive, URL: https://www.lemonde.fr/afrique/article/2020/08/19/apres-le-mali-a-qui-le-tour-l-afrique-de-l-ouest-sur-le-qui-vive_6049357_3212.html

² Le Faso (2020): Proposition de Charte pour la Transition, les militaires en pôle position pour occuper la Présidence, URL: <https://lefaso.net/spip.php?article99271>

³ Aljazeera (2020): Mali opposition rejects military-backed transition charter, URL: <https://www.aljazeera.com/news/2020/09/mali-opposition-rejects-military-backed-transition-charter-200913135811079.html>

⁴ Malivox (2020): Déclaration du Comité National pour le Salut du Peuple (CNSP), URL: <https://www.youtube.com/watch?v=mxZfJIGSYyc>

⁵ Wiedemann, Charlotte (2020): Die Realo-Junta von Bamako, URL: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-realo-junta-von-bamako>

organisieren, die einen von sämtlichen internationalen Militärmissionen gestützten Präsidenten ins Wanken brachten.

3. Reaktionen

Die Forderung der ECOWAS und der deutschen Bundesregierung sowie der französischen Regierung war und ist: Die Wiederherstellung der „verfassungsmäßigen Ordnung“. Damit gemeint ist die Wiederherstellung einer Regierung, die ihre militärische und geopolitische Einflussnahme bruchlos weiterlaufen lässt. IBK kam mit der massiven Unterstützung Frankreichs in Folge des Militärputsches von 2012 an die Regierung. Damals schien die militärische Dominanz Frankreichs in Gefahr. Durch ihre Unterstützung für die französischen Anti-Terror-Kampfeinsätze und später die EU- und UN-mandatierten Einsätze hat auch die deutsche Bundesregierung maßgeblich zur Stärkung der Regierung IBK beigetragen. Es geht ihr dabei nicht um die Stabilisierung der Demokratie, sondern um die Stabilisierung eines Regimes, das Zugriff auf malische Bodenschätze erlaubt und internationale Militäreinsätze auf malischem Boden akzeptiert.

Auf der Pressekonferenz zum informellen Treffen der EU-Verteidigungsministerinnen und –minister erklärte der EU-Außenbeauftragte, Josep Borrell: „Das Wichtige ist, zu betonen, dass unsere zivilen und militärischen Missionen EUTM Mali und EUCAP Sahel Mali vorläufig gestoppt wurden, da die Umstände es noch nicht erlauben, die normalen Aktivitäten weiterzuführen. Sie sind jedoch immer noch da und werden so bald wie möglich wieder arbeiten.“ Auch die deutsche Verteidigungsministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer, betonte, man halte an den Einsätzen fest. Der Betrieb bei MINUSMA läuft zumindest im Norden Malis weiter. So führten Bundeswehrsoldaten zum Beispiel Anfang September im Gebiet um Gao Aufklärungsoperationen durch.

Auch die Staatschefs der ECOWAS wollen – angesichts eigener Herausforderungen mit Protestbewegungen - einen Bruch mit der herrschenden Ordnung verhindern. Als Druckmittel verhängte die ECOWAS am 20. August weitreichende Sanktionen gegen Mali. Alle Land- und Luftgrenzen wurden geschlossen, Finanztransaktionen gestoppt und alle Wirtschafts- und Handelsströme zwischen den Mitgliedsstaaten und Mali lahmgelegt. Ausgenommen davon sind Grundnahrungsmittel, Medikamente, und Produkte die zur Behandlung von Covid-19 eingesetzt werden sowie Erdölprodukte. Die Sanktionen haben verheerende Folgen für die malische Wirtschaft und die Menschen in grenznahen Gebieten. Mali als Binnenland ist auf die Zugänge zum Meer angewiesen. Auch können die dringend benötigten Rücküberweisungen aus der malischen Diaspora nicht überwiesen werden.

Politische Krisen, Korruption, Gewalt, Massenproteste, Militärintervention – all das hat in Mali eine lange Tradition. Um die heutige Umbruchssituation verstehen zu können, ist es notwendig, den sozialen, wirtschaftlichen und geo-politischen Kontext zu beleuchten.

4. Wie es zur Regierung Keita kam

Die strukturelle Ungleichheit zwischen dem meist von den Tuareg bewohnten kargen Norden des Landes und dem landwirtschaftlich ertragreicheren Süden, in dem sich auch die Hauptstadt Bamako mit dem Regierungssitz befindet, ist seit der Kolonialzeit noch vertieft worden. Armut, politische Repression und fehlende staatliche Strukturen, eine Ungleichverteilung der wenigen zur Verfügung stehenden staatlichen Mittel für Infrastruktur, Bildung, Gesundheitswesen u.a. haben im Norden des Landes immer wieder Unabhängigkeitsbestrebungen angefacht.

2011 wurde die Unabhängigkeitsbewegung MNLA im Norden Malis gegründet – ein loser Zusammenschluss von Tuareg-Rebellengruppen. Da bewaffnete Kämpfer aus Libyen

zurückkehrten und sich der MNLA anschlossen, konnte sie an militärischer Stärke gewinnen. Im Jahr 2012 riefen die Rebellen der MNLA den unabhängigen Staat Azawad im Norden Malis aus und erhielt Unterstützung von dschihadistischen Gruppen. Der soziale Druck im ganzen Land, die Unzufriedenheit der Bevölkerung und innerhalb des Militärs wuchsen an. Im März 2012 kam es zu einem Putsch des Militärs, bei dem der bisherige Präsident Amadou Toumani Touré (ATT) des Amtes enthoben wurde.

Als im Dezember 2012 dann einige hundert sogenannte Dschihadisten Richtung Süden vorstießen, griff die französische Armee mit der Anti-Terror-Operation „Operation Serval“ ein. Der Vormarsch wurde gestoppt, das französische Militär blieb. Mehr noch, die Einsätze wurden ausgeweitet. Das militärischen Eingreifen Frankreichs und der Druck der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, der Europäischen Union und Frankreichs auf schnelle Neuwahlen stellten die französische militärische Dominanz im Land wieder sicher. Mit dem Putsch 2012 war nämlich nicht nur diese in Frage gestellt worden, sondern auch der rechtlich legitimierte Partner für die geplanten EU- und UN-Militäreinsätze weggefallen. Um die französische Regierung zu unterstützen und einen Teil der Kosten zu übernehmen, wurden diese Einsätze ins Leben gerufen. Im September 2013 übernahm der von Frankreich massiv unterstützte Kandidat, Ibrahim Boubacar Keita, das Präsidentenamt.

5. Immer mehr Militär – immer weniger Sicherheit

Die Hauptantwort der sog. „internationalen Staatengemeinschaft“ auf die Krisen in Mali lautete militärisches Eingreifen. Zwar sind die unterschiedlichen Einsätze – der französische Anti-Terror-Kampfeinsatz „Operation Barkhane“, EUTM Mali und die UN-Mission MINUSMA formal voneinander getrennt, vor Ort arbeitet man jedoch arbeitsteilig zusammen. Zudem waren die Militäreinsätze von Anfang an von der Logik der beständigen Ausdehnung geprägt.

Zur Unterstützung des französischen Kampfeinsatzes „Operation Serval“ wurden unter dem Dach der Afrikanischen Union als Mission AFISMA im Februar 2013 Soldaten aus den umliegenden Staaten nach Mali geschickt. Hier unterstützte die deutsche Luftwaffe französische Kampf- und Aufklärungsflugzeuge mit Luftbetankungen und transportierte Truppen aus westafrikanischen Ländern nach Mali. Serval wurde 2014 durch den Anti-Terror-Kampfeinsatz „Operation Barkhane“ abgelöst, der gleich auf die gesamte Sahel-Region ausgeweitet wurde.

2013 wurde AFISMA als internationale Mission MINUSMA fortgeführt. Den Frieden, den die Mission laut ihrem Mandat sichern soll, gab und gibt es jedoch nicht. Die deutsche Bundeswehr ist seit 2013 an dem Einsatz beteiligt. Derzeit können bis zu 1100 Bundeswehr-Soldaten eingesetzt werden. MINUSMA gilt als der tödlichste UN-Einsatz, 219 Todesopfer sind zu beklagen (Stand: September 2020).⁶ Ab 2016 wurde der Einsatz mit einem „robusteren“ Mandat ausgestattet, zunehmend schwereres Kriegsgerät kommt zum Einsatz. Immer mehr steht auch das Ziel der „Migrationsbekämpfung“ im Fokus. Der Einsatz von Militär trifft in der malischen Bevölkerung nicht auf Zustimmung. Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung sind 78% der malischen Bevölkerung unzufrieden mit MINUSMA, davon 60% sehr unzufrieden.⁷

⁶ UN (2020): MINUSMA, URL: <https://peacekeeping.un.org/en/mission/minusma>

⁷ Friedrich-Ebert-Stiftung Mali (2020): Mali Mètre, URL:

http://www.fesmali.org/images/Rapport_Final_Malimetre_N11_Site.pdf

Seit 2013 berät und bildet die EU-Mission EUTM malische Soldaten aus, „damit diese die territoriale Unversehrtheit Malis eigenständig sichern und der Bedrohung durch terroristische Gruppen effektiv entgegenzutreten können.“⁸ Bis zu 90% der malischen Soldaten wurden durch EUTM ausgebildet. Die zahlreichen Konfliktherde im Land wurden dadurch nicht entschärft. Immer wieder musste die Regierung einräumen, dass die malische Armee in Menschenrechtsverletzungen verwickelt ist. Bei einem furchterlichen Massaker in Zentralmali am 23. März 2019 in der Ortschaft Ogossagou sind 157 Menschen der Ethnie der Peuls getötet worden, darunter laut Unicef 46 Kinder. Beteiligt waren Berichten von Überlebenden zufolge mindestens ein gutes Hundert bewaffnete Milizionäre einer anderen Ethnie, begleitet einem Dutzend Uniformierter. 2020 wurde das Bundeswehr-Mandat für die EUTM Mali massiv ausgeweitet. Das neue Mandat umfasst die Ausweitung des Einsatzes auf ganz Mali sowie auf die gesamten G5-Sahel-Staaten und eine Truppenaufstockung auf von 350 auf 450 Soldatinnen und Soldaten. Zudem rückt die Bundeswehr künftig näher an Kampfhandlungen ran.

Mit der Spezialkräfte-Mission „Operation Takouba“ wurde ein weiteres Interventionsformat geschaffen. Etnische und französische Spezialeinheiten haben Ende August bereits mit gemeinsamen Ausbildungsübungen in Gao begonnen, 2021 soll die Truppe voll einsatzfähig sein. Deutsche Spezialkräfte sollen bislang nicht beteiligt werden. Kampfschwimmer des Kommando Spezialkräfte (KSK) sind aber bereits in Niger stationiert und auch KSK-Soldaten waren immer wieder in Mali aktiv⁹.

Die internationale Truppenpräsenz hat die dramatische Sicherheitslage noch verschärft. Die Logik der immer entgrenzteren Militarisierung hat zu einem stetigen Anstieg von Bewaffnung und Gewalt geführt. Zudem ist eine Gewaltspirale von Angriffen und Gegenangriffen zwischen der malischen Armee, dem französischen Militär und dschihadistischen Gruppen entbrannt.

Die Einsätze in Mali sind im Kontext des Umbaus der Bundeswehr zu einer global agierenden Einsatzarmee seit 1991 zu sehen. In Mali geht es für die Bundeswehr darum, militärisch auf dem afrikanischen Kontinent präsent zu sein und den Einsatz in klimatisch schwierigen Bedingungen zu proben. Unter dem Schlagwort der „vernetzten Sicherheit“ zielt die deutsche Afrika-Politik darauf ab, militärische Einsätze mit entwicklungspolitischen Ansätzen zu koppeln. Bereits 2014 wurde Mali zu einem der Schwerpunktländer, der durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geschaffenen Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“¹⁰. Das zeigt die immer engere Verknüpfung von entwicklungspolitischen und militärischen Ansätzen auch in Mali. Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit müssen unserer Ansicht nach strikt von militärischen Mitteln getrennt sein. Sie müssen sich nach den Bedürfnissen der Menschen in Mali richten und nicht nach wirtschaftlichen oder militärischen Interessen der intervenierenden Länder.

6. Die geostrategische Bedeutung Malis

Ein weiterer Teil der Antwort auf die Frage, weshalb Mali so viel internationale Aufmerksamkeit bekommt, liegt im kargen Norden des Landes: Hier liegen Reichtümer unter der Erde. In Mali wurden bislang sechs Ölbecken entdeckt, von denen vier im Norden liegen.

⁸ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/aussenpolitik/eutm-mali/249566>

⁹ Deutscher Bundestag (2013), Drucksache 17/13579, URL: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/135/1713579.pdf>

¹⁰ BMZ (2020): Eine Welt ohne Hunger ist möglich, URL:

https://www.bmz.de/de/themen/ernaehrung/01_einewelt_ohne_hunger/index.html

Hinzu kommen große Uranvorkommen, die insbesondere für die Absicherung Frankreichs als Exporteur von Atomenergie von großer Bedeutung sind. Der sogenannte westafrikanische Goldgürtel erstreckt sich über weite Teile Malis. Seltene Erden für die Herstellung moderner Technologien, Diamanten, Eisen, Bauxit, Mangan, Kalkstein, Marmor sowie große Vorkommen an Wasserstoff machen den Norden Malis zu einer ressourcenreichen Region.

Diese Rohstoffe sind zentral für internationale Konzerne. Mali wird damit ein Terrain der internationalen Konkurrenz: Im Interesse ihrer jeweiligen Wirtschaft konkurrieren eine Vielzahl von Staaten um Zugang zu eben dieser rohstoffreichen Region, auch mit militärischen Mitteln. Auch der Bundesregierung geht es um die Absicherung der geopolitischen Interessen des deutschen Kapitals. Zudem ist die Region ein Umschlagplatz für Menschen, Waffen und Drogen auf den alten Handelswegen der Sahelzone. Damit werden riesige Gewinne erzielt, von denen Milizen, Politiker und kriminelle Netzwerke profitieren.¹¹

Neben dem Zugang zu Rohstoffen nimmt die Sahel-Region in sicherheitspolitischen Überlegungen der europäischen Staaten eine zunehmend zentrale Rolle ein. Außerdem werden die Staaten der Region immer stärker in das europäische Projekt der Migrationsabwehr integriert.

7. Ein Frieden, der keiner ist

Die militärische Aufrüstung hat die Unsicherheit im Land angefacht. Im Zentrum des Landes sind neue Konflikte ausgebrochen. Menschen fliehen vor Milizen, die ihnen jegliche Lebensgrundlage nehmen. Seit 2012 haben über 60.000 Menschen Zuflucht im Flüchtlingslager MBERA in Mauretania gesucht und 55.000 in Niger. Burkina Faso hat über 25.000 malische Flüchtlinge aufgenommen. Unzählige Menschen sind in den Süden Malis geflohen.

Das im Zuge der Intervention 2015 ausgehandelte Friedensabkommen von Algier beschleunigt diese Prozesse zusätzlich. Unterzeichnet wurde das Abkommen von der malischen Regierung, regierungsnahe Milizen sowie Rebellen, die sich in der von Tuareg dominierten Koordination der Bewegungen des Azawad (CMA) zusammengeschlossen haben. Wichtige Akteure des Nordens, sitzen nicht am Verhandlungstisch.

Statt Mali zu befrieden, hat das Abkommen den Unfrieden de facto gefördert. Da nur Bewaffneten die Integration in die Sicherheitskräfte in Aussicht gestellt wird, lohnt es sich jetzt, bewaffnet zu sein. Es gibt jetzt nicht weniger, sondern mehr bewaffnete Milizen. Diese sind vorrangig im lukrativen Drogenschmuggel tätig. Auch schließt der Prozess dschihadistische Gruppen vom Friedensprozess aus. Vorstöße der malischen Regierung, 2017 Verhandlungen mit Islamistenführern wie Amadou Koufa und Iyad Ag Ghali aufzunehmen wurden auf Druck der deutschen und französischen Außenminister wieder fallen gelassen.¹²

Keine der Parteien hat ein Interesse am erfolgreichen Abschluss des Prozesses. Die Unterzeichner des Friedensvertrages verdienen direkt oder indirekt am Drogenschmuggel. Die Regierungselite profitierte weiterhin von der instabilen Lage im Norden, durch die

¹¹ Lacher, Wolfram (2011): Organisierte Kriminalität und Terrorismus im Sahel, URL: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A1_lac_ks.pdf

¹² RFI (2017): Terrorisme: au Mali, Ayrault et Gabriel appellent l'UE à plus de solidarité, URL: <https://www.rfi.fr/fr/afrique/20170407-mali-jean-marc-ayrault-sigmar-gabriel-ue-solidarite>

Anwesenheit internationaler Akteure war ihre Macht abgesichert. Ausgeschlossen vom Prozess sind diejenigen, die ein echtes Interesse an Frieden haben: Die Zivilbevölkerung des Nordens.

Die Massenbewegung und der Putsch markieren deutlich das Scheitern militärischen Intervention der deutschen Bundesregierung sowie anderer internationaler Akteure in Mali. Das Ende der internationalen militärischen Präsenz in Mali ist eine zentrale Voraussetzung für Frieden. Die Fraktion Die LINKE im Bundestag einen Antrag auf Rückholung der deutschen Truppen aus Mali eingebracht. Die deutsche Bundesregierung wird aufgefordert, die Beteiligung an den Missionen MINUSMA und EUTM Mali zu beenden und unverzüglich mit dem Abzug der Soldaten zu beginnen.

Dieses Papier ist in Austausch mit Katrin Voß und Sara Roloff (Bundesgeschäftsstelle Die LINKE, Bereich Internationale Politik) sowie Claus-Dieter König (Leiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Westafrika) entstanden. Das Papier wird entsprechend der laufenden Entwicklungen weiterentwickelt, Aktualisierungen sind auf www.christinebuchholz.de zu lesen.